

# „Alle Fragen drehten sich um Israel“: Die Aussonderung von arabischen Journalist:innen bei der Deutschen Welle

Hebh Jamal und Lena Obermaier, 972mag.com, 05.05.22

**Als die Deutsche Welle sieben arabische Journalist:innen aufgrund des Vorwurfs des Antisemitismus entließ, hielten viele in Deutschland diese Entscheidung für selbstverständlich. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Untersuchung der DW von politischen Motiven durchsetzt war.**

Es bleibt unklar, warum die Ehefrau von Ahmed Mansour zur Teilnahme an der Untersuchung eingeladen wurde. Beatrice Mansour ist Mitbegründerin von *MIND prevention* und Juristin mit Spezialisierung auf Kriminologie, aber keine Expertin für Antisemitismus. Weder auf der Pressekonferenz der DW noch im Bericht selbst wurde dargelegt, warum sie hinzugezogen wurde.

„Ich bin kein Kollateralschaden. Ich bin eine palästinensisch-jordanische Journalistin, die einen harten Weg gegangen ist, um ihr Leben und ihre Karriere hier in Deutschland zu verbessern... [Meine Kommentare wurden] aus dem Zusammenhang gerissen... [Niemand war] daran interessiert, meine Seite der Geschichte zu hören...

Es fühlt sich an, als würde ich immer noch in einer Realität aufwachen, in der nichts von der Ethik, an die ich geglaubt habe, oder den Werten, für die ich gearbeitet und die ich verteidigt habe, auf meinen Fall angewandt wurde.“

Farah Maraqa, die diese Worte in einer Reihe von Blogbeiträgen schrieb, ist eine von fünf arabischen Journalist:innen, die im Dezember 2021 von der Deutschen Welle (DW) suspendiert wurden. Einige Wochen zuvor war Maraqa, zusammen mit Maram Salama aus Palästina, Basil al-Aridi und Dawood Ibrahim aus dem Libanon und Murhaf Mahmoud aus Syrien, in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 30. November – die SZ ist eine der größten deutschen Tageszeitungen – aufgrund einer Reihe von Posts in den sozialen Medien des Antisemitismus bezichtigt worden.

Die DW entließ die fünf Mitarbeiter:innen schließlich am 7. Februar, demselben Tag, an dem eine vom Sender in Auftrag gegebene externe Untersuchung dieser Vorwürfe veröffentlicht wurde. Die Untersuchung ergab keinen „systematischen Antisemitismus“ in der arabischen Abteilung des Senders, in der die Journalist:innen arbeiteten, kam aber zu dem Schluss, dass es „bedauerliche Einzelfälle“ gab, in denen Antisemitismus festgestellt wurde, wie ein leitender Mitarbeiter erklärte. Eine Woche später, am 14. Februar, wurden zwei weitere palästinensische Journalisten bei der DW, Yasser Abumuailek und Zahi Alawi, ebenfalls entlassen.

Viele deutsche und internationale Medien nahmen die Vorwürfe der DW gegen die Journalist:innen für bare Münze und gingen davon aus, dass sich die Mitarbeiter:innen tatsächlich antisemitisch geäußert hatten. Bei näherer Betrachtung ergibt sich jedoch ein ganz anderes Bild.

Durch eine Reihe von Interviews und weiteren Untersuchungen fand +972 heraus, dass die Entlassung der arabischen Journalist:innen durch die DW nicht nur den Verdacht aufkommen lässt, dass das Unternehmen gegen deutsche

Arbeitsgesetze verstößt, sondern dass die externe Untersuchung der Fälle durch die DW alles andere als transparent oder wohlwollend war.

Die betroffenen Journalist:innen haben zum Ausdruck gebracht, dass die Untersuchung politisch motiviert zu sein scheint und darauf abzielt, arabische und insbesondere palästinensische Journalist:innen zum Sündenbock zu machen. Desweiteren hinterlässt sie ein Umfeld der Angst, des Misstrauens und der rigiden Selbstzensur, wenn es um Israel – Palästina geht. Und das bei einer ohnehin schon schlecht geführten und mit zahlreichen Skandalen belasteten DW.

**„Wir haben versucht, vor seiner Befangenheit zu warnen, aber niemand hat auf uns gehört“**

Der von der DW in Auftrag gegebene Untersuchungsbericht wurde von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, einer ehemaligen Bundesjustizministerin, und Ahmad und Beatrice Mansour, den Gründern einer kommerziellen Beratungsgruppe namens *MIND prevention*, verfasst. Letztere Organisation will laut ihrer Website „muslimischem Extremismus und Antisemitismus“ in Deutschland vorbeugen und behauptet, Jugendliche zu schützen, die durch salafistischen und dschihadistischen Einfluss als gefährdet gelten.

Weit davon entfernt, eine „unabhängige Expertenkommission“ zu sein, wie die DW behauptet, spiegelt die Auswahl der Mansours jedoch – nach Aussage aktueller und ehemaliger DW-Mitarbeiter:innen, mit denen +972 sprach – ein klares politisches Motiv hinter der Untersuchung wider. Viele der für diesen Bericht befragten Personen baten darum, anonym zu bleiben, entweder aus Angst vor Repressalien oder weil öffentliche Aussagen ihre laufenden Verfahren gegen die DW gefährden könnten.

Der DW-Bericht stützt sich auf die IHRA-Definition von Antisemitismus, die abgelehnt wird von über 40 jüdischen Gruppen, zahlreichen Akademikern und inzwischen sogar von ihrem ursprünglichen Verfasser.

Ahmad Mansour, der sich selbst als arabisch-israelischer Psychologe bezeichnet, ist ein beliebter Kommentator im deutschen Fernsehen zu den Themen muslimische Radikalisierung und Antisemitismus. Die *Bridge* Initiative der Georgetown University, ein mehrjähriges Forschungsprojekt über Islamophobie, bezeichnete ihn jedoch als anti-muslimischen Autoren, der Araber und Muslime regelmäßig als „rückständig und irrational“ darstelle.

„Einige Araber:innen sind Wilde und andere nicht“, sagte Mansour 2019 in einem Interview mit *Haaretz*. Er führte weiter aus: „Lassen Sie uns ‚Wilde‘ definieren. Ich denke, dass die Mehrheit der Araber:innen große Probleme hat mit der Demokratie und allem, was mit den Menschenrechten zusammenhängt. Es gibt Probleme mit Gewalt, die mit der Kultur zusammenhängen. Ich glaube nicht, dass die meisten Araber:innen morden wollen, aber ich denke, wir haben ein Problem. Vergessen Sie die Juden. Schauen Sie sich an, wie viele Araber in den letzten Jahren Araber ermordet haben. Es sind sehr viele.“

Esra Özyürek, Anthropologin und Professorin an der Universität Cambridge, schreibt, Mansours 2014 erschienenes Bestseller-Buch „Generation Allah“ sei gespickt mit „pseudowissenschaftlichen Aussagen“, die alle muslimischen Jugendlichen als gestört und potenziell anfällig für Radikalisierung beschreiben. „In dem Moment, als Mansour als einer der ‚Experten‘ im Ausschuss genannt wurde, dachte ich: ‚OK, das wird nicht gut gehen‘“, sagte eine:r der entlassenen DW-Mitarbeiter:innen. „Er ist bekanntlich islamfeindlich und hat extreme Ansichten zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Wir haben versucht, die DW vor seiner Befangenheit zu warnen, aber niemand hat auf uns gehört.“

Auf die Frage, wie widersprüchlich es sei, eine Person mit rassistischem Hintergrund mit einer Anti-Rassismus-Untersuchung zu beauftragen, erklärte DW-Unternehmenssprecher Christoph Jumpelt gegenüber +972, die DW sei „zuversichtlich, dass die unabhängige Kommission ihre Arbeit unvoreingenommen und objektiv durchgeführt hat“.

„Es machte keinen Sinn“, sagte ein derzeitiger DW-Mitarbeiter, den Mansour für den Bericht interviewte. „Er ist eine politische Figur mit einer pro-israelischen Tendenz. Ich verstehe nicht, wie man diese Untersuchung als fair bezeichnen kann.“

Mansour hat auch Verbindungen zu Pro-Israel-Gruppen sowie zu Organisationen, die der Islamophobie bezichtigt werden. So war er beispielsweise Programmdirektor bei der *European Foundation for Democracy (EFD)*, einer in Brüssel ansässigen Denkfabrik, die sich laut der *Bridge Initiative* von Georgetown darauf konzentriert, „muslimische Organisationen der Zivilgesellschaft zu diffamieren“. Die *EFD* wird in großem Umfang von Spendern finanziert, zu denen die *Paul E. Singer Foundation*, die die israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) unterstützt, und die *Marcus Foundation Inc.* gehören, die *Christians United for Israel*, *Friends of the IDF* und den *Jewish National Fund* finanziert.

Darüber hinaus bleibt unklar, warum die Ehefrau von Mansour zur Teilnahme an der Untersuchung eingeladen wurde. Beatrice Mansour ist Mitbegründerin von *MIND prevention* und Juristin mit Spezialisierung auf Kriminologie, aber keine Expertin für Antisemitismus. Weder auf der Pressekonferenz der DW noch im Bericht selbst wurde dargelegt, warum sie hinzugezogen wurde. „Niemand hat erklärt, was sie macht. Sie hat ihren Beitrag nicht erklärt und sich auch nicht vorgestellt. Niemand hat verstanden, warum sie überhaupt dort saß“, so ein gegenwärtiger DW-Journalist. Mansour reagierte bis Redaktionsschluss nicht auf die Bitte von +972 um Stellungnahme.

#### „Alle Fragen bezogen sich nur auf Israel“

Die Problematik der Untersuchung endet jedoch nicht bei der Glaubwürdigkeit der beiden Hauptautor:innen. Laut DW-Mitarbeiter:innen, die mit +972 sprachen, sollte Mansours Untersuchung eine emotionale und belastende Reaktion der von ihm Befragten hervorrufen.

„Sie haben mir keine einzige Frage zu den angeblich antisemitischen Facebook-Posts gestellt, die ich geschrieben habe“, sagte Maram Salama, eine der entlassenen Journalistinnen, gegenüber +972. „Stattdessen fragten sie mich nach meiner Erziehung, was ich über die Hamas denke und, was am beunruhigendsten ist: wie ich darüber denke, dass israelische Kinder getötet werden.“

Mansour stellte Berichten zufolge auch Fragen zur Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS), ob die Befragten eine Ein- oder Zweistaatenlösung unterstützten und fragte eine Person sogar: „Für wen schlägt [ihr] Herz: Israel oder Palästina?“

Obwohl ihr kein konkreter Grund für ihre Entlassung genannt wurde – wie es bei der Mehrheit der entlassenen Mitarbeiter:innen der Fall war – glaubt Salama, dass sie wegen eines Facebook-Posts entlassen wurde, in dem sie zum Ausdruck brachte, dass die Redefreiheit in Deutschland eingeschränkt sei, wenn es um Palästinenser:innen geht. „In dem Beitrag selbst habe ich Israel nicht einmal erwähnt“, sagte sie.

Die Entlassung kam für Salama überraschend. Einige Wochen zuvor hatte die DW ihr einen Preis für herausragenden Journalismus verliehen; zwei Tage später erhielt sie von der Geschäftsleitung eine E-Mail, in der ihr mitgeteilt wurde, dass sie ihre Arbeit nicht fortsetzen dürfe, solange eine externe Untersuchung stattfindet. „Ich hatte das Gefühl, dass mein Job sicher war, denn die DW hat mir einen Preis verliehen, nachdem der Artikel erschienen war. Dann wurde ich plötzlich suspendiert und aufgefordert, an einer Untersuchung teilzunehmen“, so Salama. „Die DW hat mich nicht

gegen unbegründete Anschuldigungen verteidigt, und ich als Palästinenserin musste stattdessen verteidigen, dass ich tatsächlich ein Mensch bin.“

„Als Mansour mich um ein Gespräch bat, sagte er mir nicht, dass gegen mich ermittelt werde oder dass ich des Antisemitismus beschuldigt wurde“, sagte ein entlassener Mitarbeiter. „Ich willigte ein, mit Mansour zu sprechen, und war dann überrascht, als er mich mitten im Gespräch über meine politischen Ansichten und Facebook-Posts ausfragte. Ich hatte nichts zu verbergen, aber es war mir trotzdem sehr unangenehm.“

Ein Mitarbeiter, mit dem +972 sprach, bemerkte, dass Mansour in seiner Befragung kaum das Wort „jüdisch“ erwähnte und auch nicht nach seiner Definition von Antisemitismus fragte. „Mansour hat das Wort ‚jüdisch‘ nur einmal erwähnt, und zwar bei der Frage, ob ich Israel als ein Land definiere, das nur Juden und Jüdinnen hat. Alle Fragen bezogen sich nur auf Israel“, sagte er.

### **Fragwürdige Vorstellungen von Antisemitismus**

Im Februar verurteilten 100 Menschenrechtsgruppen und –aktivist:innen die Entlassungen in einer gemeinsamen Erklärung und argumentierten, dass diese Teil einer weit verbreiteten antipalästinensischen Verleumdungskampagne seien, die palästinensische Stimmen zum Schweigen bringen und die freie Meinungsäußerung zu diesem Thema einschränken solle.

„Der DW-Bericht“, heißt es in der Erklärung, „übernimmt einen problematischen Rahmen, der Antizionismus mit Antisemitismus vermengt und versucht, legitime Kritik an Israel als Antisemitismus zu klassifizieren... Dieser Ansatz bringt die Handlungen der israelischen Behörden auf gefährliche Weise mit jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt in Verbindung und verknüpft sie fälschlicherweise mit der systematischen Unterdrückung der Palästinenser:innen.“

Der DW-Bericht stützt sich auf die IHRA-Definition von Antisemitismus, die abgelehnt wird von über 40 jüdischen Gruppen, zahlreichen Akademikern und inzwischen sogar von ihrem ursprünglichen Verfasser. Die Definition wird allgemein dafür kritisiert, dass sie unpräzise ist in Bezug auf zentrale Fragen der antijüdischen Bigotterie und dass sie von Regierungen, Universitäten und anderen Einrichtungen häufig instrumentalisiert wird, um Kritik an Israel zu unterdrücken.

Neben der Verwendung der zweifelhaften IHRA-Definition sind mehrere Rechtsexpert:innen der Ansicht, dass der DW-Bericht eine indirekte Voreingenommenheit enthält. „Die Art und Weise, wie der Bericht geschrieben ist, impliziert im Grunde, dass arabische Mitarbeiter:innen eher antisemitisch sind oder antisemitische Äußerungen machen als andere Partner oder Mitarbeiter“, sagte Alice Garcia, eine Anwältin beim *European Legal Support Center*, gegenüber +972.

Ein deutliches Beispiel dafür wird im DW-Bericht fast explizit dargelegt: „Gerade für die DW als öffentlich-rechtliche Institution“, heißt es dort, „erscheint es entscheidend, dass sich vor dem Hintergrund unterschiedlicher persönlicher und biografischer Erfahrungen der Belegschaft aus dem arabischen Raum keine einseitigen Haltungen gegenüber dem Nahostkonflikt und den verschiedenen beteiligten Akteuren bei den Mitarbeiter:innen manifestieren.“

„Mansour sagt der DW im Wesentlichen, dass arabische Mitarbeiter:innen Ansichten haben, die überwacht werden müssen, weil sie leicht antisemitisch sein könnten“, erklärte Garcia.

Der DW-Bericht zitiert zunächst verschiedene Kommentare, die die entlassenen Journalist:innen in sozialen Medien abgegeben haben. Sie werden jedoch ohne den entsprechenden Kontext, in keiner erkennbaren Reihenfolge und ohne ein System, das jeden Kommentar einem oder einer bestimmten Verfasser:in zuordnen würde, abgedruckt. Es ist auch

nicht klar, wie viele Kommentare untersucht wurden und über welchen Zeitraum. „Der Bericht sollte die Vorwürfe des Antisemitismus gegen die Mitarbeiter:innen der DW untersuchen“, sagte Garcia. „Stattdessen ist es ein unübersichtliches Dokument, das viele andere, nicht zusammenhängende Dinge erwähnt und den Fokus komplett von den Personen wegverlagert.“

Im vergangenen Mai, während des israelischen Angriffs auf Gaza, nahm DW ein Interview mit dem palästinensisch-amerikanischen Journalisten und Geschäftsführer von *Electronic Intifada*, Ali Abunimah, aus dem Programm und entschuldigte sich für die Ausstrahlung. Kurz darauf verschickte der Sender ein internes Memo, in dem er seinen Mitarbeiter:innen verbot, bei der Charakterisierung Israels Begriffe wie „Apartheid“ und „Kolonialismus“ zu verwenden.

Infolgedessen werden eindeutig antisemitische Äußerungen (wie z. B. „Juden kontrollieren den Verstand der Menschen durch die Kunst, die Medien und die Musik“) mit Kritik an Israel vermischt und vermengt: („[Palästinenser:innen] zahlen den Preis für Europas Gräueltaten“ oder der Hashtag #SaveSheikhJarrah, ein beliebter Slogan, der sich auf Israels Versuche bezieht, Palästinenser:innen aus dem Ostjerusalem Viertel zu vertreiben). Es ist auch unklar, ob sich nur eine:r oder mehrere Mitarbeiter:innen bestimmter antisemitischer Äußerungen schuldig gemacht haben.

Der eindeutigste Beweis für die politische Motivation hinter der Untersuchung ist jedoch die Sondierung der bisherigen Berichterstattung der DW über Israel-Palästina. Der Bericht kritisiert mehrere DW-Artikel als „Darstellung falscher Informationen als Fakten“ und stellt fest, dass sie „antisemitisch“ sind, „die Ideologie der Hamas bedienen“ und „das Existenzrecht Israels leugnen“.

In einem Fall prangert der Bericht einen DW-Artikel an, in dem es hieß, die Demonstrationen 2018-2019 in Gaza (der Große Marsch der Rückkehr) seien von der palästinensischen Zivilgesellschaft organisiert worden – dies wurde bewiesen durch eine UN-Untersuchungskommission, die die Ereignisse untersuchte. In dem Bericht wird stattdessen behauptet, die Demonstrationen seien von der „Terrororganisation Hamas“ organisiert worden, da es „keine unabhängige Zivilgesellschaft in Gaza“ gebe.

Der Bericht beanstandet auch die bloße Erwähnung des Wortes „Nakba“ („Katastrophe“), das die Palästinenser:innen zur Beschreibung des Krieges von 1948 verwenden. Auf Seite 15 des Dokuments wird weiter behauptet, dass die Palästinenser:innen als Folge der arabischen Provokationen während des Krieges vertrieben wurden. „Sie [Palästinenser:innen] flohen auf Bitten der arabischen Befehlshaber aus dem Krieg mit dem Versprechen, dass sie zurückkehren würden, wenn das Ziel des Krieges – die Vernichtung Israels – erreicht sei“, heißt es in dem Bericht. Prominente palästinensische und israelische Historiker:innen haben diese Behauptung seit langem widerlegt, unter anderem durch die Offenlegung der israelischen Staatsarchive. Der Schwenk zur Berichterstattung über Israel und Palästina „hat nichts mit dem ursprünglichen Anlass der Untersuchung zu tun“, argumentierte Alice Garcia, die hinzufügte, dass die DW stattdessen den Fokus auf eine „vermeintlich fehlerhafte arabische Perspektive auf die Situation in Israel und Palästina“ gelegt habe.

**„Ich bekam keine Hilfe von einer Gewerkschaft, die eigentlich die Arbeitnehmer schützen sollte“**

Ahmed Abed, ein Anwalt, der einige der entlassenen DW-Mitarbeiter:innen vertritt, argumentiert, dass die Kündigungen seiner Mandant:innen einen klaren Verstoß gegen das Arbeitsrecht darstellen, vor allem wegen der Verletzung

der „Sorgfaltspflicht“. „DW hat die Mitarbeiter:innen nicht rechtzeitig über ihre Kündigung informiert“, so Abed gegenüber +972. „Normalerweise kündigen Arbeitgeber mit einer Frist von zwei Wochen – meine Mandant:innen wurden nicht gewarnt. Nach der Pressekonferenz schickten sie ihnen einfach die Kündigungsunterlagen, ohne einen Grund zu nennen. Normalerweise setzen sich die/der Vorgesetzte und die Personalabteilung zusammen und besprechen die Untersuchungsergebnisse – das ist nicht geschehen. Die Rechtsgrundlagen für ihre Kündigungen sind viel zu unklar“.

Der zweite Verstoß war die voreingenommene Haltung. „Es ist rechtswidrig, gegen eine:n Mitarbeiter:in zu ermitteln, weil er oder sie Palästinenser:in ist oder weil man meint, dass er oder sie einen bestimmten Glauben hat“, so Abed weiter. „Diese Mitarbeiter:innen arbeiten seit Jahren für die DW. Die Art und Weise, wie sie behandelt wurden, ist einfach würdelos und ohne jede Ehre.“

Die Mitarbeiter:innen beschwerten sich auch darüber, dass neben Mansours mangelnder Qualifikation auch keine professionelle Übersetzung an der Untersuchung beteiligt war. „Mein Deutsch ist nicht so gut, so dass ich manchmal zwischen Englisch und Arabisch hin und her springen musste“, sagte Salama. „Ich möchte noch einmal betonen, dass Mansour zwar Araber ist, aber das qualifiziert ihn nicht, etwas von diesem Kaliber zu übersetzen.“

Vertreter:innen der Gewerkschaft Verdi, der zweitgrößten deutschen Gewerkschaft, die die Journalist:innen der DW vertritt, waren sich intern einig, dass nicht nur die Gründe für die Entlassung einiger DW-Mitarbeiter:innen vage sind, sondern dass die Antisemitismus-Definition nirgendwo in der DW präzisiert wurde und dass die Unterstützung von BDS kein Grund für eine Kündigung ist.

Trotz des Verdachts auf Fehlverhalten hat sich die Gewerkschaft Verdi jedoch nach der Kündigung nur an wenige der entlassenen Mitarbeiter:innen gewandt, um sie zu unterstützen. „Niemand hat mich kontaktiert, niemand hat meine Kündigung in Frage gestellt. Ich hatte keine Hilfe von einer Gewerkschaft, die eigentlich die Arbeitnehmer:innen schützen sollte“, sagte eine:r der ehemaligen Beschäftigten gegenüber +972.

Der gewählte Personalrat der DW in Bonn, Daniel Scheschkewitz, erklärte gegenüber +972, dass er tatsächlich mit einigen der betroffenen Mitarbeiter:innen Kontakt aufgenommen habe, allerdings mit Einschränkungen. „Der Personalrat in Bonn hat sich in einem Fall sogar in einer schriftlichen Stellungnahme an die DW gegen die Kündigung ausgesprochen und die Person informiert“, so Scheschkewitz. „Leider haben wir keine rechtlichen Möglichkeiten, Kündigungen im Rahmen des deutschen Arbeitsrechts zu verhindern.“

Darüber hinaus stellte +972 fest, dass die Entscheidung, die sieben arabischen Journalist:innen zu entlassen, nicht das Ergebnis eines Exekutiv Ausschusses war – gebildet zur Bewertung der Untersuchungsergebnisse – sondern durch einen Befehl des DW-Generaldirektors Peter Limbourg zustande kam.

Die ehemaligen Mitarbeiter:innen berichteten +972, dass ihre unmittelbaren Vorgesetzten in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen nicht wussten, was im Laufe der Untersuchung über ihre Beschäftigung entschieden wurde. „Mein Chef fragte mich immer wieder nach Neuigkeiten, sobald wir erfahren hatten, dass gegen mich ermittelt wurde“, sagte einer. „Niemand wusste etwas. Wir waren alle verwirrt.“ Auf die Frage des deutschen Journalisten Markus Trantow, ob bei der DW ein Klima der Angst herrsche, wies Limbourg die Vorwürfe entschieden zurück. „Das ist eine absurde Behauptung, die leider immer wieder von einzelnen Journalist:innen aufgestellt wird“, antwortete er. „Die Mitarbeiter:innen der DW haben jederzeit die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern, sich mit ihren Anliegen und Fragen an die Geschäftsführung, die Führungskräfte und die Beschwerdestellen der DW zu wenden und diese bis zur Klärung zu diskutieren. Die Geschäftsführung setzt sich für eine offene, angstfreie Unternehmenskultur ein und ermutigt unsere Führungskräfte aktiv, dies zu unterstützen.“

## „Ein sehr geeigneter Sündenbock“

Während der Pressekonferenz am 7. Februar bestand Limbourg darauf, dass die Mitarbeiter:innen die Möglichkeit haben sollten, ihre Bedenken bezüglich des Untersuchungsprozesses zu äußern. Aber die arabischen Journalist:innen, die an den verschiedenen abteilungsübergreifenden Treffen teilnahmen, sagten gegenüber +972, dass das Umfeld innerhalb der DW mit Journalist:innen und Mitarbeiter:innen besetzt war, die Angst davor hatten, dass ihre persönlichen Meinungen nun ein Entlassungsgrund sein könnten. Die DW konnte keine Fragen dazu beantworten, ob es eine intensive Überwachung der sozialen Medien gibt oder ob Facebook-Likes oder Instagram-Follower zur Kündigung führen könnten.

Auf die Frage nach den Bedenken ihrer Mitarbeiter:innen erklärte DW-Sprecher Jumpelt gegenüber +972, dass „jede journalistische Organisation von ihren Mitarbeiter:innen erwarten kann, dass sie sich an die Grundlagen dessen halten, was allgemein als ‚Netiquette‘ bezeichnet wird. Alles, was eine Person in den sozialen Medien veröffentlicht, kann auf den Arbeitgeber dieser Person zurückfallen.“

Am 2. März soll Gerda Meuer, die geschäftsführende Programmdirektorin der DW, der Arabisch-Abteilung gesagt haben, dass nichts privat sei, wie Anwesende berichten. „Wenn Sie etwas auf Ihren privaten Accounts schreiben“, sagte sie, „riskieren Sie, das Image der DW zu beschädigen. Seien Sie also vorsichtig mit dem, was Sie schreiben.“

Viele Mitarbeiter:innen der arabischen Abteilung nahmen diese Warnung als Signal, nichts über Palästina zu schreiben oder sich außerhalb ihrer genehmigten DW-Berichterstattung politisch zu äußern. Dieser Widerwille, Palästina zu thematisieren, unterschied sich deutlich von der offenen Haltung der DW zur Unterstützung des Rechts der Ukraine auf Freiheit und Selbstverteidigung gegen die russische Invasion und militärische Besetzung Ende Februar.

Während der DW-Pressekonferenz, deren Aufzeichnung +972 zur Verfügung gestellt wurde, hob Mansour hervor, dass es offenbar ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Personal und Management gibt.

„Es ist nicht das erste Mal, dass die arabische Redaktion in den letzten Jahren leider Teil einer negativen Berichterstattung war. Dabei geht es nicht nur um Antisemitismus, sondern auch um andere Dinge wie mangelnden Dialog zwischen einer Redaktion mit über 200 Mitarbeiter:innen, die unterschiedliche Haltungen haben und aus verschiedenen Ländern kommen“, sagte Mansour. Schnarrenberger schloss sich dieser Meinung an und fügte hinzu: „Es gibt kein ausgeprägtes Vertrauen in die Leitung der Redaktion.“

Tom Wills, der im Datenjournalismus-Team der DW tätig war, widerspricht entschieden der Behauptung, dass schwerwiegende Fehler nur in der arabischen Abteilung auftreten. „Die Vorstellung, dass alle Probleme der DW in der arabischen Abteilung liegen, ist schon früher aufgekommen. Es sind rassistische Legenden, die in den Korridoren der DW herumschwirren, dass dies ein Ergebnis konservativer kultureller Aspekte sei oder irgendwie mit der Politik des Nahen Ostens zusammenhänge“, sagte er gegenüber +972.

In der Tat wurde die DW schon früher mit Anschuldigungen wegen Arbeitsrechtsverletzungen konfrontiert, wie in einem im Januar 2020 veröffentlichten Artikel des *Guardian* ausführlich beschrieben wurde. Mehrere DW-Mitarbeiter:innen sagten, sie seien zum Schweigen gebracht und entlassen worden, weil sie Rassismus, sexuelle Belästigung, Antisemitismus und Mobbing im Unternehmen angesprochen hatten. Die DW wies die Anschuldigungen entschieden zurück und erklärte, sie seien alle „unbegründet“.

Empört über die Reaktion des DW-Managements schrieben 250 Mitarbeiter:innen im Februar 2020 einen Brief direkt an Limbourg, der der Presse zugespielt wurde. Darin erklärten die Mitarbeiter:innen, dass es sich bei den im

*Guardian* beschriebenen Vorfällen keineswegs um Einzelfälle handele und betonten stattdessen, dass „die DW ein Problem mit Machtmissbrauch hat“.

„Es stand für uns außer Frage, dass die Probleme über die arabische Abteilung hinaus gingen, aber natürlich eignete diese sich als praktischer Sündenbock für den Versuch, es darauf zu beschränken“, sagte Wills. „Aber die Fakten sprechen einfach nicht dafür.“

Wills, der zu den Unterzeichnern des Schreibens gehörte, berichtet, dass es immer wieder vorkommt, dass Freiberufler:innen entlassen werden, wenn sie Übergriffe durch Mitarbeiter:innen melden. „Es gibt ein sehr offensichtliches Muster der Misshandlung“, sagte er. „Eines der strukturellen Probleme der DW ist, dass es eine große Kluft innerhalb der Belegschaft gibt, da Freiberufler:innen nicht durch das deutsche Arbeitsrecht geschützt sind. Aus diesem Grund werden freie Mitarbeiter:innen, von denen viele Ausländer:innen sind, einfach versetzt oder entlassen, was zu einer rassistischen Dynamik in einem grundlegend ungleichen Arbeitsumfeld beiträgt.“

„Diejenigen, die vor einigen Monaten aus der arabischen Abteilung entlassen wurden, lasen in ihren Entlassungsschreiben, dass das Vertrauensverhältnis zur obersten Leitung der Organisation gestört sei“, so Wills weiter. „Es stand also schwarz auf weiß, dass die Leute unter anderem deshalb entlassen wurden, weil sie sich kritisch über die Unternehmensleitung geäußert hatten.“

Seit der Antisemitismus-Untersuchung hat die DW auch die Beziehungen zum jordanischen Sender Roya TV abgebrochen, weil dieser in den sozialen Medien anti-israelische Kommentare und Karikaturen verbreitet haben soll. Eine Insider-Quelle sagte jedoch gegenüber +972, dass die DW tatsächlich die meisten ihrer Projekte in der MENA-Region (Middle East and North Africa) ausgesetzt hat, weil arabische Nachrichtensender ihre neuen Bedingungen zur Zusammenarbeit ablehnen, da sie eine unklare Definition von Antisemitismus enthalten.

Während der Pressekonferenz kündigte Generaldirektor Limbourg an, dass die DW auch daran arbeitet, in ihre Arbeitsverträge eine Antisemitismus-Definition aufzunehmen, die eine eindeutige Haltung zum Existenzrecht Israels beinhaltet. Laut dem Insider sind einige Mitarbeiter:innen aber nicht bereit, dies zu akzeptieren: „Niemand will eine vage Definition von Antisemitismus in einem Arbeitsvertrag. Sie könnte auf jede Art und Weise interpretiert werden“.

**„Es ist schrecklich, dass Journalisten einen persönlichen Zensor haben“**

Deutschland hat in der Vergangenheit immer wieder palästinensische, arabische und farbige Journalist:innen wegen angeblichem Antisemitismus angeprangert. Ein prominenter Fall war der von Nemi El-Hassan, einer palästinensisch-libanesischen Journalistin, der im vergangenen Jahr eine zuvor zugesagte Stelle im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verweigert wurde, nachdem in rechtsgerichteten Medien Fotos von ihr bei der Teilnahme an einer Pro-Palästina-Kundgebung 2014 veröffentlicht worden waren. Im Juli 2019 untersagten die deutschen Behörden dem palästinensisch-kanadischen Journalisten Khaled Barakat die Teilnahme an einer Palästina-Solidaritätsveranstaltung in Berlin mit der Begründung, dass seine „antisemitischen“ Reden eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellten und die Beziehungen des Landes zu Israel beeinträchtigen könnten. Ihm wurde eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr angedroht und es wurde ihm untersagt, künftig an politischen Veranstaltungen in Deutschland teilzunehmen.

Im vergangenen Mai, während des israelischen Angriffs auf Gaza, nahm DW ein Interview mit dem palästinensisch-amerikanischen Journalisten und Geschäftsführer von *Electronic Intifada*, Ali Abunimah, aus dem Programm und entschuldigte sich für die Ausstrahlung. Kurz darauf verschickte der Sender ein internes Memo, in dem er seinen Mitarbeiter:innen verbot, bei der Charakterisierung Israels Begriffe wie „Apartheid“ und „Kolonialismus“ zu verwenden.

Doch die Verfolgung geht über Palästina unterstützende Journalist:innen hinaus. Im Jahr 2019 verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Resolution, die die BDS-Bewegung als antisemitisch einstuft und damit staatlichen Institutionen und israelfreundlichen Gruppen die Lizenz erteilt, palästinensische Organisationen, Künstler:innen, Akademiker:innen und Einzelpersonen anzugreifen, indem sie von öffentlichen Geldern und öffentlichem Raum ausgeschlossen werden.

Selbstzensur ist in Deutschland inzwischen eine traurige Realität. Die daraus resultierende Angst führt dazu, dass viele Journalist:innen, auch bei der DW, sich selbst kontrollieren. „Selbst wenn meine Kolleg:innen mit mir kommunizieren wollen, sagen sie mir, ich solle es niemandem sagen, da sie sonst mit Konsequenzen zu rechnen hätten“, so Maram Salama.

„Die Journalist:innen der DW haben Angst, und man hat sie zum Schweigen gebracht“, fuhr sie fort. „Es ist wirklich furchtbar, dass Journalist:innen einen persönlichen Zensor haben. Es ist ein äußerst gefährlicher Trend in Deutschland, dass man Israel nicht kritisieren darf.“

Für Salama sind die Folgen dieser systematischen Anfeindungen nur allzu real. „Ich habe 15 Jahre lang wirklich hart an meinem Job als Journalistin gearbeitet, und jetzt zerstören diese Anschuldigungen meine Chancen bei jedem internationalen Medienunternehmen“, beklagte sie. „Ich kann nicht glauben, dass eine Institution wie die DW ihre Journalist:innen in eine derart verrückte Situation bringen kann.“

*Lena Obermaier ist Doktorandin für Politik des Nahen Ostens an der Universität von Exeter. Zuvor lehrte sie an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London.*

Quelle: <https://www.972mag.com/deutsche-welle-journalists-palestine-germany/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de